

Schlussfolgerungen der zweiten Europa-Mittelmeer-Konferenz (Malta, 15. und 16. April 1997)

Quelle: Zweite Europa-Mittelmeer-Konferenz, Malta, 15. und 16. April 1997, Schlussfolgerungen. [ONLINE].

[Brüssel]: Europäische Kommission, [23.01.2007]. Disponible sur

<http://europa.eu/bulletin/de/9706/p000610.htm#anch0605>.

Urheberrecht: (c) Europäische Union, 1995-2013

URL:

http://www.cvce.eu/obj/schlussfolgerungen_der_zweiten_europa_mittelmeer_konferenz_malta_15_und_16_april_1997-de-b6a7b5b2-5c1e-4209-b6aa-501a2b81368b.html

Publication date: 14/02/2014

Schlussfolgerungen der zweiten Europa-Mittelmeer-Konferenz (Malta, 15. und 16. April 1997)

Der Rat der Europäischen Union, vertreten durch den Präsidenten des Rates der Europäischen Union, den Stellvertretenden Ministerpräsidenten für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande, Herrn Hans van Mierlo, durch den auch die Niederlande vertreten werden,

die Europäische Kommission, vertreten durch Vizepräsident Herrn Manuel Marin Gonzalez,

Ägypten, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Amre Mussa.

Algerien, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Ahmed Attaf,

Belgien, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Erik Derycke,

Dänemark, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Niels Helveg Petersen,

Deutschland, vertreten durch den Stellvertreter des Bundeskanzlers und Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Klaus Kinkel,

Finnland, vertreten durch den Minister für europäische Angelegenheiten und Außenhandel, Herrn Ole Norrback,

Frankreich, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Hervé de Charette,

Griechenland, vertreten durch den Stellvertretenden Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Giorgos Papandreou,

Irland, vertreten durch den Vizepremierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Dick Spring,

Israel, vertreten durch den Vizepremierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn David Levy,

Italien, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Lamberto Dini,

Jordanien, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Dr. Fayez Tarawneh,

Libanon, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Fares Bouez,

Luxemburg, vertreten durch den Vizepremierminister, Minister für auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Zusammenarbeit, Herrn Jacques F. Poos,

Malta, vertreten durch den Vizepremierminister, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Umwelt, Herrn George Vella,

Marokko, vertreten durch den Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Abdellatif Filali,

Österreich, vertreten durch die Staatssekretärin im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten, Frau Benita Ferrero-Waldner,

die Palästinensische Behörde, vertreten durch den Präsidenten der Palästinensischen Behörde, Herrn Jassir Arafat,

Portugal, vertreten durch den Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Herrn Francisco Seixas da Costa,

Schweden, vertreten durch die Ministerin für auswärtige Angelegenheiten, Frau Lena Hjelm-Wallen,

Spanien, vertreten durch den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Ramon de Miguel,

Syrien, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Farouk Al-Sharaa,

die Türkei, vertreten, durch den Staatsminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, Herrn Ufuk Soylemez,

Tunesien, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Abderrahim Zouari,

das Vereinigte Königreich, vertreten durch die Staatsministerin im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen, Baroness Chalker of Wallasey,

Zypern, vertreten durch den Minister für auswärtige Angelegenheiten, Herrn Dr. Ioannis Kasoulides,

die an der zweiten Europa-Mittelmeer-Konferenz in Malta teilnehmen -

unter Hinweis darauf, daß mit der auf der ersten Europa-Mittelmeer-Konferenz in Barcelona am 28. November 1995 angenommenen Erklärung die Grundlagen für einen multilateralen und dauerhaften Rahmen für die Beziehungen durch die Errichtung einer umfassenden Partnerschaft geschaffen werden, die drei Bereiche umfaßt: politische und sicherheitspolitische Fragen, Wirtschaft und Finanzen sowie soziale, kulturelle und menschliche Angelegenheiten;

in Kenntnis der Fortschritte, die bei der Durchführung dieser Partnerschaft, insbesondere entsprechend dem der Erklärung von Barcelona beigegebenen Arbeitsprogramm erzielt wurden;

unter erneutem Hinweis auf ihr Bekenntnis zum Barcelona-Prozeß, der eine grundlegende politische Errungenschaft darstellt, und unter Bekräftigung der in der Erklärung von Barcelona und im Arbeitsprogramm festgeschriebenen allgemeinen Grundsätze und Ziele;

unter Bekundung ihrer tiefen Besorgnis über die Beeinträchtigung des Friedensprozesses im Nahen Osten und unter Betonung der Notwendigkeit, daß im Nahen Osten ein gerechter, umfassender und dauerhafter Frieden geschaffen wird, wie dies am 31. Oktober 1991 in Madrid im Rahmen des Friedensprozesses vereinbart wurde;

unter neuerlichem Hinweis darauf, daß es nicht das Ziel der Europa-Mittelmeer-Initiative ist, die übrigen zur Sicherstellung von Frieden, Stabilität und Entwicklung in der Region eingeleiteten Aktionen und Initiativen zu ersetzen, sondern zu deren Erfolg beizutragen, und daß sie die Verwirklichung einer gerechten, umfassenden und dauerhaften Friedensregelung im Nahen Osten unterstützen, die sich auf die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und auf die im Einladungsschreiben zur Madrider Nahost-Friedenskonferenz genannten Grundsätze, einschließlich des Grundsatzes ‚Land für Frieden‘ mit den sich daraus ergebenden Folgen, stützt;

in Kenntnis des Berichts der Europäischen Kommission vom 19. Februar 1997 zum Stand der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft;

entschlossen, die Europa-Mittelmeer-Partnerschaft zu stärken, und unter Bekräftigung ihres Willens, für eine ausgewogene Entwicklung in den drei Bereichen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft zu sorgen -

kommen über folgende Schlußfolgerungen überein:

Trotz der Probleme im Zusammenhang mit der politischen Lage und der Sicherheitslage in der Region wurden in bezug auf die Entwicklung der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft seit ihrer Begründung

wesentliche Fortschritte erzielt. Die Teilnehmer sind sich bewußt, daß der Prozeß der Errichtung einer echten Partnerschaft noch im Gange ist und noch viel Arbeit zu leisten ist. Sie weisen darauf hin, daß die Partnerschaft in ausgewogener Weise zu entwickeln ist, indem alle drei Kapitel der Erklärung von Barcelona und des Arbeitsprogramms schrittweise durchgeführt werden, und daß sich die bilaterale und die multilaterale Dimension gegenseitig ergänzen und verstärken müssen. Dieser Prozeß muß sich in voller Kenntnis des Zusammenhangs vollziehen, der zwischen Stabilität und Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Region besteht. In diesem Sinne kommen die Teilnehmer überein, einer Reihe von Zielen Priorität einzuräumen und die Fortschritte im Hinblick auf das Erreichen dieser Ziele einvernehmlich und in abgestimmter Weise vor der nächsten Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister zu überwachen.

I. Politische Partnerschaft und Sicherheitspartnerschaft: Definition eines gemeinsamen Raums des Friedens und der Stabilität

Die Teilnehmer nehmen Kenntnis von den verschiedenen Tätigkeiten, die die hohen Beamten im Rahmen der Durchführung des ersten Kapitels der Erklärung von Barcelona und des entsprechenden Kapitels des Arbeitsprogramms in Anlage I unternommen haben. Sie nehmen Kenntnis von den bisher erzielten Ergebnissen. Sie nehmen ferner die Einschätzung der hohen Beamten zur Kenntnis, daß durch die Kontakte zwischen den Partnern eine Grundlage des Vertrauens und eine neue Plattform für politische Konsultationen im Hinblick auf das Erreichen der in der Erklärung von Barcelona und im Absichtsprogramm genannten gemeinsamen Ziele in Fragen der äußeren und inneren Stabilität, darunter Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte, geschaffen werden konnten. Sie fordern die hohen Beamten auf, ihre Bemühungen fortzusetzen und den politischen Dialog in Übereinstimmung mit dem der Erklärung von Barcelona beigegebenen Arbeitsprogramm zu vertiefen.

Die Teilnehmer nehmen Kenntnis von den Fortschritten, die die hohen Beamten in bezug auf den Entwurf des Aktionsplans erzielt haben. Dieser wird nicht als ein abgeschlossenes Dokument betrachtet; vielmehr wird der Plan von den hohen Beamten regelmäßig zu aktualisieren sein, so daß er weiterhin als Richtschnur bei ihren Bemühungen dienen kann, die Grundsätze und gemeinsamen Ziele der politischen Partnerschaft und der Sicherheitspartnerschaft des Barcelona-Prozesses zu verwirklichen.

Die Teilnehmer nehmen Kenntnis von den Arbeiten der hohen Beamten im Bereich vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen, insbesondere von den bereits eingeleiteten bzw. gebilligten und in Anlage I aufgeführten Maßnahmen. Sie räumen ein, daß andere Maßnahmen, die sich in unterschiedlichen Entwicklungsphasen befinden, schrittweise gebilligt werden müssen, wobei der Entwicklung der Lage in der Europa-Mittelmeer-Region entsprechend Rechnung zu tragen ist.

Die Teilnehmer nehmen Kenntnis von der Arbeit der hohen Beamten an einer Charta für Frieden und Stabilität in der Europa-Mittelmeer-Region; sie ersuchen die hohen Beamten, die Vorarbeiten für die Charta unter gebührender Berücksichtigung der ausgetauschten Unterlagen fortzusetzen, damit der vereinbarte Text so bald wie möglich auf einer Ministertagung zur Annahme vorgelegt werden kann, wenn die politischen Umstände dies gestatten.

II. Wirtschafts- und Finanzpartnerschaft: Schaffung einer Zone gemeinsamen Wohlstands

Die Teilnehmer nehmen die Fortschritte zur Kenntnis, die bei den Vorgesprächen, der Aushandlung, Unterzeichnung und Ratifizierung der Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen sowie bei der Umsetzung von Zollunionen und den Heranführungsvorschriften erzielt wurden.

Die Teilnehmer bekräftigen erneut die Bedeutung, die sie der vollständigen Zuweisung der 4,685 Mrd. ECU aus Haushaltsmitteln der Gemeinschaft, auf die sich der Europäische Rat in Cannes geeinigt hat, und den höheren Darlehen der EIB beimessen.

Die Teilnehmer stellen fest, daß 1995 und 1996 Haushaltsmittel der Gemeinschaft in Höhe von 1,205 Mrd. ECU in Form von Zuschüssen und 1,694 Mrd. ECU in Form von EIB-Darlehen gebunden wurden. Ferner

vermerken sie die Aussichten auf weitere Zusagen über bis zu 1,002 Mrd. ECU in Form von Zuschüssen im Jahr 1997 und die Zustimmung des Rates zu EIB-Darlehen von bis zu 2,310 Mrd. ECU im Zeitraum 1997-1999.

Die Teilnehmer bekräftigen, daß MEDA im Hinblick auf eine schnellere und bessere Abwicklung in gerechter und ausgewogener Weise nach transparenten Verfahren unter voller Einhaltung der geltenden und der mit den Empfängerländern vereinbarten und noch zu vereinbarenden Finanzierungs- und Verwaltungsvorschriften sowie der internationalen Verpflichtungen der Empfängerländer durchgeführt werden soll.

Die Teilnehmer begrüßen die regionalen Aktivitäten, die in vielen Bereichen unternommen wurden und die den Austausch von Wissen und Erfahrungen und die Schaffung von Gremien ermöglichten, in denen der regionale Dialog im Hinblick auf die Definition von Schlüsselementen der Sektorpolitiken fortgeführt und mehrere konkrete Tätigkeiten der Zusammenarbeit aufgenommen werden konnten. Ein Verzeichnis dieser Tätigkeiten ist in Anlage II aufgeführt.

Die Teilnehmer weisen erneut auf die Bedeutung hin, die sie einer nachhaltigen und ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Hinblick auf die Erreichung ihres Ziels der Schaffung einer Zone gemeinsamen Wohlstands unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Entwicklungsniveaus beimessen. Sie vereinbaren, der Errichtung einer Europa-Mittelmeer-Freihandelszone mit dem Jahr 2010 als Zieljahr unter Wahrung der sich im Rahmen der WTO ergebenden Verpflichtungen einen neuen Impuls zu verleihen. Sie vereinbaren ferner, die Finanzhilfe insbesondere über MEDA-Mittel und EIB-Darlehen sowie im Wege der bilateralen Unterstützung durch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union für ihre Partner im Mittelmeerraum entsprechend den in Barcelona gegebenen Zusagen rasch und effektiv durchzuführen. Sie weisen auf die Bedeutung hin, die folgenden Punkten zukommt:

- konstruktive Beschleunigung der Aushandlung und Ratifizierung der Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen, die wesentlicher Teil der Freihandelszone sind, im Hinblick auf deren möglichst baldiges Inkrafttreten;

- weiterer Ausbau der Freihandelszone insbesondere durch verstärkte und mittels technischer Hilfe der Union erleichterte Zusammenarbeit auf intra- und subregionaler Ebene mit dem Ziel, im Wege von Vereinbarungen unter den Mittelmeerpartnern den freien Handelsverkehr zu verwirklichen;

- Verabschiedung einer Reihe flankierender Maßnahmen auf regionaler Ebene, damit ein höheres Maß an Harmonisierung und Vereinbarkeit mit dem Binnenmarkt der Union erreicht werden kann. Bereiche wie z. B. Kumulierung der Ursprungsregeln, Zollzusammenarbeit, Normen, geistiges Eigentum, Steuerwesen und Wettbewerb sollten hierbei mit besonderem Vorrang behandelt werden. Geeignete Initiativen in diesen Bereichen wären zu begrüßen. Auch zu Ausbildungsinitiativen wird ermutigt.

Im Hinblick auf diese Zielsetzungen nehmen die Teilnehmer die Arbeit der Regierungssachverständigen für Fragen des wirtschaftlichen Übergangs sowie die Arbeit des Europa-Mittelmeer-Netzes von Wirtschaftsinstituten zur Kenntnis. Sie stimmen darin überein, daß diese Arbeit zu einer Studie führen sollte, die unter Federführung der Kommission und in Zusammenarbeit mit den Partnern zu erstellen wäre und die in der Region anstehenden Fragen in bezug auf Freihandel und die Auswirkungen des wirtschaftlichen Übergangs erfassen sollte. Diese Studie sollte rechtzeitig für die nächste Europa-Mittelmeer-Konferenz der Außenminister vorgelegt werden und könnte als Grundlage für die Erörterung einer künftigen Strategie dienen.

Im Zusammenhang mit einer derartigen Strategie unterstreichen die Teilnehmer ferner die Wichtigkeit folgender Punkte:

- systematischeres und effektives Vorgehen bei der Förderung von Privatinvestitionen einschließlich ausländischer Direktinvestitionen in der Region, insbesondere durch eine umfassendere Verbreitung von Informationen und die Beseitigung von Investitionshemmnissen unter anderem durch Einsatz von

investitionsfördernden Mechanismen, bei der Förderung verstärkter Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums des Privatsektors sowie bei der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten und damit der Herstellung eines günstigen Investitionsklimas in den Partnerländern;

- Förderung der Harmonisierung von Regeln und Vorschriften, die für die Schaffung der Europa-Mittelmeer-Freihandelszone von Belang sind:

- Verstärkung und Konzentration der Aktivitäten auf vorrangige Sektoren, in denen die Zusammenarbeit schon erfolgreich angelaufen ist, insbesondere auf die Bereiche Industriepolitik einschließlich Hebung des Leistungsstands, KMU, Energiepolitik, Umwelt, Wasserbewirtschaftungspolitik,

Informationsgesellschaft und Seeverkehr. Die Teilnehmer kommen ferner überein, sich an der Zusammenarbeit in Bereichen wie Modernisierung und Umstrukturierung der Landwirtschaft, Entwicklung des Agrarhandels, Verringerung der Nahrungsmittelabhängigkeit, Entwicklung der regionalen Infrastruktur und Technologietransfer zu beteiligen;

- baldmöglichste Umsetzung von Maßnahmen zur Milderung der negativen sozialen Folgen, die sich aus der Anpassung und Modernisierung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen ergeben könnten;

- Fortsetzung des Dialogs über Fragen der Verschuldung zur Herbeiführung von Fortschritten in den entsprechenden Gremien unter Berücksichtigung der jüngsten Maßnahmen zur Verringerung der Außenverschuldung der Mittelmeerdrittländer bei einigen Ländern der Europäischen Union oder zur Umwandlung von Schulden in Beteiligungen auf freiwilliger und bilateraler Basis und der damit verbundenen Steigerung der europäischen Direktinvestitionen;

- Hilfe bei der Vorbereitung der Mittelmeerpartner auf die künftige Entwicklung der Europäischen Union.

III. Partnerschaft im sozialen, kulturellen und menschlichen Bereich: Entwicklung der Humanressourcen, Förderung des gegenseitigen Verständnisses der Kulturen und des Austauschs zwischen den Zivilgesellschaften

- Die Teilnehmer weisen darauf hin, daß die kulturellen und zivilisatorischen Traditionen beiderseits des Mittelmeers, der Dialog zwischen den Kulturen, die Begegnungen zwischen den Menschen sowie der Austausch in den Bereichen Wissenschaft und Technik ein wesentlicher Bestandteil der Annäherung und Verständigung der Völker und eines besseren gegenseitigen Verständnisses sind.

- Die Teilnehmer begrüßen die Fortschritte, die hinsichtlich der regionalen Zusammenarbeit in verschiedenen Partnerschaftsbereichen in sozialen, kulturellen und menschlichen Fragen erzielt wurden. Eine Liste entsprechender Aktivitäten ist als Anlage III beigefügt. Die Teilnehmer nehmen jedoch zur Kenntnis, daß weitere Anstrengungen erforderlich sind, damit gemäß der Erklärung von Barcelona und dem Arbeitsprogramm die Ziele in diesem Bereich der Partnerschaft erreicht werden. Sie betonen in diesem Zusammenhang ihren gemeinsamen Wunsch, daß:

- die gegenwärtig noch zur Erörterung stehenden regionalen Vorhaben in bezug auf das Kulturerbe verabschiedet werden sowie ein weiteres Paket solcher Vorhaben vorbereitet und zugleich der Geltungsbereich der Zusammenarbeit auch auf andere kulturelle Tätigkeiten, einschließlich des audiovisuellen Sektors, ausgeweitet wird. Die Teilnehmer begrüßen die Absicht, ein Regionalprogramm in den Bereichen Kultur und Information vorzuschlagen. Kulturelle Aspekte sollten bei anderen Maßnahmen im Rahmen der Partnerschaft Berücksichtigung finden;

- der Dialog der Kulturen und Zivilisationen mit dem Gesamtziel der Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und der Völkerverständigung unter Berücksichtigung der schon geleisteten Arbeit aktiv weitergeführt wird. Die Teilnehmer erinnern in diesem Zusammenhang an ihre Verpflichtung, Maßnahmen zur Erleichterung der Begegnungen zwischen den Menschen zu treffen und in diesem Rahmen insbesondere die Verwaltungsverfahren zu verbessern;

- der Dialog zwischen den Zivilgesellschaften konsolidiert wird, wobei das Bürgerforum als Beispiel dienen sollte. In diesem Zusammenhang haben die Teilnehmer den Wunsch, daß die dezentralisierten Kooperationsprogramme der Europäischen Union (MED-Campus, MED-MEDIA und MED-URBS) wiederaufgenommen werden, sobald auf administrativer Ebene eine befriedigende Regelung gefunden ist; sie werden sich in diesem Bereich für eine effektive Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Verwaltungsebene einsetzen;

im Rahmen der jeweiligen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften die Beteiligung der Zivilgesellschaft aufrechterhalten und ausgebaut wird, wozu unter anderem NRO-Netze zu schaffen sind;

- gemäß der Erklärung von Barcelona und dem Arbeitsprogramm eine aktive Zusammenarbeit im Bereich Terrorismusverhütung und -bekämpfung gefördert wird; ⁽¹⁾

- Aktionsprogramme für den Bereich Jugend und Gesundheit aufgestellt werden, die die schon bestehenden bi- und multilateralen Aktionen auf diesem Gebiet ergänzen; spezifische Jugendinitiativen werden demnächst vorgestellt;

- die Tätigkeiten im Bildungsbereich - einschließlich der höheren Bildung und Ausbildung - fortgesetzt und ausgebaut werden;

- Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz entschieden bekämpft werden und hierbei zusammengearbeitet wird;

- der Europa-Mittelmeer-Dialog und die Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene gemäß der Erklärung von Barcelona und dem Arbeitsprogramm in folgenden Bereichen intensiviert werden:

- Migration und Begegnungen zwischen den Menschen;

- illegale Einwanderung;

- der Dialog über Fragen der Regierungsführung - mit besonderem Nachdruck auf dem Aspekt des Verhältnisses zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltungssystemen - im Hinblick auf eine leistungsfähigere und zuverlässigere öffentliche Verwaltung weitergeführt wird;

- der Dialog und die Zusammenarbeit in bezug auf die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und alle Aspekte des illegalen Drogenhandels aktiv betrieben werden.

IV. Allgemeine Aspekte

Die Teilnehmer bestätigen die Rolle des Europa-Mittelmeer-Ausschusses für den Barcelona-Prozeß als zentrales Gremium zur Verleihung von Impulsen sowie zur Prüfung und zum Follow-up von Partnerschaftsaktionen und -initiativen. Sie sind der Auffassung, daß der Ausschuß besonderen Nachdruck darauf legen sollte, daß die Wahrung von Ausgewogenheit und Kohärenz beim Fortgang des Barcelona-Prozesses dadurch gesichert wird, daß die Ergebnisse der verschiedenen Aktionen im Rahmen der Partnerschaft und die daraus erwachsenden Empfehlungen besser evaluiert werden. Sie sind sich ferner einig, daß die Rolle des Ausschusses durch eine Teilnahme der Vertreter aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union noch gestärkt würde.

Die Teilnehmer stimmen darin überein, daß es erforderlich ist, der im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft geleisteten Arbeit noch größere Publizität zu verschaffen. Sie nehmen Kenntnis von den Maßnahmen, die von der Kommission ergriffen wurden, um allgemeine Informationen über die Partnerschaft zugänglich zu machen, und sie betonen, wie wichtig es ist, daß jeder Partner verstärkte

Anstrengungen unternimmt, um die laufende Information seiner eigenen Öffentlichkeit sicherzustellen.

Die Teilnehmer bekräftigen die Bedeutung, die sie der aktiven Beteiligung der Parlamente an der Partnerschaft beimessen. Sie begrüßen es, daß das Europäische Parlament mit anderen Parlamenten die Initiative zur Aufnahme des parlamentarischen Europa-Mittelmeer-Dialogs ergriffen hat.

Die Teilnehmer ermutigen auch zur Fortsetzung des Dialogs zwischen den Sozialpartnern.

Die Teilnehmer begrüßen den Vorschlag der Europäischen Union, daß die nächste Tagung der Außenminister im ersten Halbjahr 1999 in Deutschland stattfinden soll.

(1) Vorbehalt der syrischen und der libanesischen Delegation gegen diesen Satz.